

Haushaltsplanberatungen 2020

Anträge der Fraktionen

Hinweise:

Der Inhalt der Anträge der Fraktionen wird zusammengefasst wiedergegeben; es gilt der Antrag in der von der Fraktion vorgelegten Fassung.

Ausschuss für Umwelt und Technik

Antrag

Ergebnis:

<p>der B90/die Grünen: Pflege des Straßenbegleitgrüns/Grünflächenpflege – Beschaffung eines Balkenmähers</p> <p>Als ein ursächlicher Faktor für den Rückgang der Kleinlebewesen wurde die Art des Mähens identifiziert. Die Fraktion beantragt vor diesem Hintergrund für die straßen- und radwegbegleitenden Mäharbeiten und zur sonstigen Grünflächenpflege anstatt eines Mulchgeräts ein geeignetes Gerät mit Balkenmähwerk anzuschaffen.</p>	<p>Über die Sachlage und die Vorgehensweise wurde im März 2018 im AUT, aufgrund eines vergleichbaren Antrags, ausführlich berichtet. Die Verwaltung wird zu gegebener Zeit über ein Pilotprojekt zu diesem Thema, ggf. vor Ort, informieren. Der Antrag wurde damit einvernehmlich für erledigt erklärt.</p>
<p>der B90/die Grünen: Gemeinsames Verwertungskonzept für Biomüll</p> <p>Ab 01.01.23 wird die Abfallwirtschaft zentral und einheitlich organisiert; außerdem wird die getrennt Erfassung von Biomüll verpflichtend. Kernaufgabe des Projekts AWA 2023 ist die Entwicklung eines Verwertungskonzepts für Biomüll. Aus diesem Grund wird beantragt, frühzeitig das Gespräch mit benachbarten Gebietskörperschaften (UL; BC, SIG) zu suchen um in Kooperation ein gemeinsames Verwertungskonzept für Biomüll zu entwickeln.</p>	<p>Eine Projektgruppe des Projekts AWA 2023 wird sich mit dem Biomüll befassen. Zunächst müssen hierbei die Grundlagen (System, Mengenabschätzungen ...) erarbeitet werden. „Erst dann können Verwertungswege aufgezeigt und verfolgt werden. Mit den Partnern im ZV TAD (u.a. UL, BC, SIG) findet ein reger Austausch zu allen abfallwirtschaftlichen Themen, auch zum Biomüll, statt. Der Antrag wurde einvernehmlich für erledigt erklärt.</p>

<p>der B90/die Grünen: Kampagne gegen die Vermüllung unserer Landschaft</p> <p>Im Blick auf die Vermüllung der Landschaft und deren Folgen wird beantragt, eine Kampagne gegen die Vermüllung zu starten. Diese sollte Informationsarbeit in verschiedenen Formen (Plakate, Redaktionelle Beiträge, Kurzfilme, Kurzbeiträge, öffentliche Sammelaktionen) enthalten.</p>	<p>Die Verwaltung hat im Jahr 2016 zu einem ähnlichen Antrag berichtet. Die damalige Sachdarstellung wurde zusammengefasst wiedergegeben. auch künftig weiter so zu verfahren. Ergänzend dazu werden vom Kreis Informationen zu dem Thema den Kommunen zur Veröffentlichung in den Gemeindemitteilungsblättern zugeleitet. Wenn der Kreis in den sozialen Medien aktiv wird, wird das Thema „Vermüllung“ auch dort kommuniziert. Im Ergebnis bestand Einvernehmen Der Antrag wurde einvernehmlich für erledigt erklärt.</p>
--	---

Ausschuss für Bildung, Gesundheit, Kultur und Soziales

Antrag

Ergebnis:

<p>der SPD: Erhöhung des Zuschusses für das Dokumentationszentrum Oberer Kuhberg Ulm e.V.</p> <p>Es wird begrüßt, dass die Mittel für das DZOK im Haushalt erhöht wurden. Künftig sollte eine Anpassung im Gleichklang mit dem Landkreis Neu-Ulm erfolgen. Außerdem wird beantragt, das das DZOK über sich und die Arbeit berichtet. Die unterschiedlichen Angebote des DZOK sollen über die Bildungsregion vermittelt werden.</p>	<p>Der von der Verwaltung im Haushaltsplan beantragten Erhöhung des Zuschusses auf 7.500 € p.a. wird zugestimmt. Das DZOK wird Gelegenheit erhalten entweder im Kreistag oder im zuständigen Ausschuss zu berichten. Die Angebote des DZOK sollen über die Bildungsregion vermittelt werden.</p>
---	--

<p>der FW: Digitalisierung der Schulen in Trägerschaft des Landkreises</p> <p>Der Digitalpakt von Bund und Länder führt zu einem verstärkten Einsatz von Technik und Software an den Schulen des Landkreises. Die Verwaltung soll im BGKS über die erarbeiteten Anträge, deren Konzept und mögliche Folgekosten berichten.</p>	<p>Die Verwaltung hat zu diesem Thema bereits einen Bericht im BGKS für März 2020 geplant. Sie wird darin über die im Antrag genannten Punkte, insbesondere zu den Folgekosten, berichten.</p>
<p>der SPD: Beratung der Schulen durch die Energieagentur im Rahmen des Digitalpakts</p> <p>Im Rahmen der Medienentwicklungsplanung und zur Umsetzung des Digitalpakts werden in den Schulen künftig zahlreiche neue Medien (Hardware ...) beschafft. Die Beschaffungsrichtlinien der REA sollen hierbei als Richtschnur und Rahmen dienen. Die REA soll diese Richtlinien über die Schulträger an die Schulen weitergeben. Dabei sollen die Schulen zur Beachtung aufgefordert werden; dabei sollen die Bildungsregion und das Kreismedienzentrum mitwirken.</p>	<p>Die Verwaltung wird das Thema in die am 23. Januar 2020 für Schulträger und Schulen geplante Informationsveranstaltung aufnehmen. Zusätzlich sollen den Schulträgern über die Bildungsregion Informationen zu den genannten Themen übermittelt werden. Es bestand Einverständnis zu dieser Vorgehensweise.</p>

<p>der SPD: Schulbegleitungen im Rahmen der inklusiven Beschulung von Schülern mit Handicap</p> <p>Schüler mit Handicap können am Unterricht einer Regelschule teilnehmen (inklusive Beschulung); dabei werden sie oft von Schulbegleitungen, die über das LRA finanziert werden, unterstützt. Die Verwaltung soll berichten, wie die genehmigten Beträge bei den Schulbegleitungen ankommen. Als Richtlinie sollte die Möglichkeit höherer Zuschüsse für pädagogisches Personal verankert und den Schulen bekannt gemacht werden. Die Verwaltung solle bei Land Standards für Schulbegleitungen einfordern. Die Kosten dürften nicht beim Kreis verbleiben.</p>	<p>Die Verwaltung wird über die genannten Punkte im 2. Quartal 2020 einen umfassenden Bericht im Ausschuss vorlegen. Soweit der Verwaltung bekannt sollen dabei auch die gesetzlichen Wirkungen, unter anderem auch des neuen BTHG ab 01.01.20, berücksichtigt werden.</p>
<p>der FW: Pflegeheime im ADK und in Ulm - Bedarfsanalyse</p> <p>Aus der Bevölkerung ist zu hören, dass Dauerpflegeplätze teilweise auch Kurzzeitpflegeplätze schwierig zu bekommen seien. Es wird deshalb beantragt, dass die Verwaltung für die stationäre Pflege und die Kurzzeitpflege eine aktuelle Bedarfsanalyse nach Verwaltungsräumen vorlegt. In die beiden Bedarfsanalysen soll auch der Soll- und Istbestand der Stadt Ulm nachrichtlich dargestellt werden.</p>	<p>Unter TOP 4 der Tagesordnung des BGKS vom 3.12.19 hat die Verwaltung die stationäre Pflegeplanung für den ADK (Bestand und Bedarf) bis 2025 vorgelegt.</p> <p>Die Stadt Ulm ist derzeit in der Fortschreibung der stationären Bedarfsplanung. Sobald die dortigen Ist- und künftigen Bedarfszahlen vorliegen, wird die Verwaltung diese Informationen weitergeben. Es bestand Einvernehmen, dass der Antrag damit erledigt ist.</p>

Verwaltungsausschuss

Antrag

Ergebnis:

<p>der CDU: Klimaschutz – CO₂-Bilanz</p> <p>Es wird beantragt, über die REA eine aktuelle CO₂-Bilanz für den ADK erstellen zu lassen und dafür die entsprechenden Mittel einzuplanen. Davon ausgehend sollen die wesentlichen Stellschrauben und Maßnahmen benannt werden, mit denen der Landkreis, in Bereichen seiner Zuständigkeit, zu einer Reduktion des CO₂-Ausstosses beitragen kann.</p>	<p>Bei der Erstellung einer CO₂-Bilanz für den ADK durch die REA ist mit Kosten in einer Größenordnung von ca. 10.000 € zu rechnen. Es bestand Einvernehmen einen entsprechenden Auftrag an die REA zu erteilen.</p> <p>.</p>
<p>der CDU: Finanzielle Verbesserungen - Nullverschuldung</p> <p>Finanzielle Verbesserungen beim Jahresabschluss sollen im HH-Jahr 2020 primär zur Rückzahlung des letzten Bankdarlehens genutzt werden, sofern dies wirtschaftlich ist.</p>	<p>Es bestand Einvernehmen, den Antrag wie beschrieben umzusetzen.</p>
<p>der FW: Digitalisierung der Landkreisverwaltung</p> <p>Bei der Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung sind die Kommunen des Landkreises und die Kreisverwaltung betroffen. Bei der Kreisverwaltung soll dies ein Aufgabenschwerpunkt der nächsten Jahre sein. Es wird beantragt, dass die Kreisräte und die Kommunen über Planungen informiert und Vertreter der Kommunen in die Vorbereitungen miteingebunden werden. Außerdem sollen für die Teilbereiche der Digitalisierung Ablaufpläne erstellt werden.</p>	<p>Die Verwaltung wird den Stand der Digitalisierungsprojekte der Landkreisverwaltung dem Kreistag und in einer Kreisverbandsversammlung des Gemeindetags den Kreiskommunen vorstellen. Dabei sollen besonders die Schnittstellen zu den Kommunen berücksichtigt werden. Mit dieser Vorgehensweise erklärte sich der Verwaltungsausschuss einverstanden.</p>

<p>der FW: Smartphone-Ladestationen in Kreiseinrichtungen</p> <p>Smartphone und Tablets sind wichtige Bestandteile des täglichen Lebens. Es soll geprüft und berichtet werden, mit welchen Investitions- und Folgekosten gerechnet werden muss, um in den Kreiseinrichtungen Ladestationen für Smartphones etc. bereitzustellen.</p>	<p>Von Kundenseite kamen bisher kaum Nachfragen nach Lademöglichkeiten. Die Verwaltung wird prüfen, welche sinnvollen Lademöglichkeiten (z.B. Steckdosenleisten und Ladegeräte) in den Wartebereichen vorgehalten werden können. Dies werde dann umgesetzt. Es bestand Einvernehmen, dass der Antrag damit erledigt ist.</p>
<p>der B90/die Grünen: Zentrale Radwegenetzwerk-Ideenbörse</p> <p>Zur Optimierung des Radwegenetzes sollen die Alltagserfahrungen der Radfahrer herangezogen werden. Es wird deshalb beantragt, im LRA eine zentrale Radwegenetzwerk-Ideenbörse (online, telefonisch, schriftlich) einzurichten; dort sollen Verbesserungsvorschläge strukturiert erfasst werden.</p>	<p>Der Verwaltungsausschuss hat den Antrag für die Einrichtung einer zentralen Radwegenetzwerk-Ideenbörse mit Stimmenmehrheit (4 Ja – 16 Nein) abgelehnt.</p>
<p>der CDU: Digitalisierung – Digital Hub</p> <p>Nach dem einjährigen Bestehen des Digital Hubs im Jahr 2020 soll die Verwaltung mit dem Digitalisierungszentrum UL/ADK/BC eine Vorstellung im Kreistag organisieren. Dabei soll über Aktivitäten und Projekte, insbesondere im ADK, berichtet werden.</p>	<p>Die ähnlichen Anträge der CDU und der FW wurden zusammen behandelt. Die Verwaltung wird im 2. Quartal 2020 im Kreistag eine Vorstellung des Digitalisierungszentrum UL/ADK/BC einplanen.</p>
<p>der FW: Digital Hubs</p> <p>Im zuständigen Ausschuss soll im ersten Halbjahr 2020 über den Aufbau der Digital-Hubs, den ersten Erfahrungen und erste Ergebnisse berichtet werden.</p>	<p>Siehe Ergebnis beim Antrag CDU</p>

<p>der B90/die Grünen: Bericht über die Arbeit der TFU, Bio- Regio, Schwabenbund, Innovationsre- gion</p> <p>Die Verwaltung soll in absehbarer Zeit im Kreistag über die Arbeit und Erfolge dieser Organisationen berichten. Dabei sollen konkret die Auswirkungen auf den Landkreis aufgezeigt werden.</p>	<p>Die Verwaltung wird im ersten Halbjahr 2020 über die Arbeit der genannten Organisationen im Sinne des Antrags im Kreistag berichten.</p>
<p>der B90/die Grünen: Biodiversitätsmanager</p> <p>Es wird beantragt, dass der Landkreis die Stelle eines Biodiversitätsmanagers schafft und z.B. im Bereich des Landschaftserhaltungsverbands ansiedelt. Aufgabe wäre u.a. die Beratung von Kommunen und Firmen hinsichtlich einer biodiversitätsfördernden Bewirtschaftung von Flächen.</p>	<p>Der Verwaltungsausschuss hat den Antrag für die Schaffung der Stelle eines Biodiversitätsmanagers mit Stimmenmehrheit (4 Ja – 16 Nein) abgelehnt.</p> <p>Der Vorsitzende sagte zu, die Thematik im Vorstand des Landschaftserhaltungsverbands anzusprechen.</p>

**der CDU:
Mobilität**

Im Bereich ÖPNV-Busverkehre und Tarifsysteem wird beantragt, dass die Verwaltung bei DING eine Vereinfachung des Tarifsystems bzw. Tarifvereinfachungen beantragt. Gleichzeitig sollen Angebote für eine digitale Buchung/Abrechnung von Mobilitätsangeboten erarbeitet werden.

Beim Nahverkehr auf der Schiene soll die Verwaltung Mehrverkehre auf der Donaubahn beantragen. Außerdem soll der Halt in Erbach nach Fertigstellung der Elektrifizierung, sowie die kontraproduktiven Streichungen auf der Filstalbahn (insb. Amstetten) beim Land eingefordert werden.

Für die Umsetzung der wichtigsten Maßnahmen von innovativen Mobilitätsangeboten soll die Verwaltung einen Fahrplan vorlegen. Weiterhin soll die Verwaltung über das Projekt „Mitfahr-App Donautal“ berichten und mögliche Ausweitungen prüfen.

Die Verwaltung wird den Wunsch – Tarifvereinfachung – beim Verbund DING einbringen und berichten wenn Ergebnisse vorliegen.

Die Verwaltung wird den DING bitten, im VA über das Projekt Mobility Inside und dessen Umsetzung zu berichten.

Die Verwaltung wird zu gegebener Zeit über das Thema „Mehrverkehre auf der Donaubahn“ berichten. Eine Umsetzung wird im Haushaltsjahr 2020 jedoch nicht möglich sein.

Wie bereits bisher wird die Verwaltung das Land bei jeder Gelegenheit zur Einführung des RE-Halts in Erbach auffordern. Ebenso wird weiterhin beim Land eine Kompensation der Streichungen auf der Filstalbahn („RE-Halt“ Amstetten) eingefordert.

Die Verwaltung wird sich Gedanken zur Umsetzung von Maßnahmen aus dem Mobilitätsgutachten machen und zu gegebener Zeit zu den relevanten Punkten berichten.

Im Verwaltungsausschuss bestand Einvernehmen bei obigen Punkten wie dargestellt zu verfahren.

In der Sitzung wurde ausführlich über die „Mitfahr-App Donautal“ berichtet. Die Verwaltung sagte eine schriftliche Kurzzusammenfassung darüber zu.

Es bestand Einvernehmen, dass der Antrag in diesem Punkt damit erledigt ist.

<p>der B90/die Grünen: 365 €-Ticket für Schüler und Azubis</p> <p>Es wird die Einführung eines 365 € Jahrestickets für Schüler und Azubis ohne zeitliche Beschränkung zur Nutzung des ÖPNV im gesamten Alb-Donau-Kreis beantragt. Mit den anderen Gebietskörperschaften im DING soll eine einheitliche Tarifvereinbarung in diesem Sinne angestrebt werden.</p>	<p>Bei den Schülern bis Klasse 10 im ADK ist das 365 €-Ticket de facto bereits umgesetzt; aktuell werden Eigenanteile von 365,20 € erhoben, in 2020 wird sich durch die Tarifierhöhungen ein höherer Betrag ergeben (379,50 €/Jahr). Im Gesamtnetz besteht ab 13:15 Uhr, am Wochenende und in den Schulferien „freie Fahrt“. Bei den Azubis laufen derzeit Gespräche im DING über eine Verbesserung des Angebots. Eine vollständige Umsetzung eines 365 €-Tickets für Schüler und Azubis würde im ADK zu geschätzten Mehrkosten von rd. 650.000 € pro Jahr führen.</p> <p>Der Verwaltungsausschuss erklärte den Antrag einvernehmlich für erledigt.</p>
<p>der B90/die Grünen: Fahrradmitnahme in öffentlichen Verkehrsmitteln</p> <p>Die Fahrradmitnahme bereitet in Bussen im ADK erhebliche Schwierigkeiten im Gegensatz zur Stadt Ulm und unterliegt der individuellen Entscheidung des Fahrers. Es wird deshalb beantragt, dass bei neuen Verträgen mit Busunternehmen verpflichtend festgelegt wird, dass die Fahrradmitnahme in Bussen, sofern ausreichend Platz vorhanden ist, möglich ist.</p>	<p>Die Vorgehensweise innerhalb des DING entspricht einer bundesweiten Empfehlung des VDV. Nach den Beförderungsbedingungen, die in Ulm und im ADK gelten, besteht eine kostenlose Fahrradmitnahme auch in Bussen. Es gelten dabei lediglich zeitliche und räumliche Beschränkungen. Die Haftungsfrage ist von den Unternehmern zu regeln.</p> <p>Der Verwaltungsausschuss nahm Kenntnis, dass der Inhalt des Antrags bereits umgesetzt ist.</p>
<p>der B90/die Grünen: Mobilitätsgutachten – ambitioniert gestaltetes Referenzgutachten</p> <p>Im Kreistag wurde am 21.10.19 das Gutachten „Mobilität der Zukunft“ vorgestellt. Mit den dargestellten Maßnahmen werden die Klimaschutzziele nicht erreicht. Es wird deshalb beantragt, ein Gutachten zu einem ambitioniert gestaltetem Referenzszenario, welches eine CO₂-Minderung von 45% bis 2030 vorsieht, erstellen zu lassen.</p>	<p>Der Verwaltungsausschuss hat den Antrag für die Erstellung eines ambitioniert gestalteten Referenzszenarios mit Stimmenmehrheit (4 Ja – 16 Nein) abgelehnt.</p>

<p>der B90/die Grünen: Zentrale ÖPNV-Ideenbörse</p> <p>Zur Optimierung der ÖPNV sollten möglichst die Alltagserfahrungen der Nutzer erfasst und in die weitere Planung und Umsetzung integriert werden. Es wird deshalb beantragt, bei der DING-Geschäftsstelle oder im LRA eine zentrale ÖPNV-Ideenbörse (online, telefonisch, schriftlich) einzurichten, um Verbesserungsvorschläge für den ÖPNV strukturiert zu erfassen.</p>	<p>Die Anträge der B90/die Grünen – zentrale ÖPNV-Ideenbörse - und – zentrale ÖPNV-Beschwerdestelle sowie der Antrag der FW – Mängel im ÖPNV auf Schienen- und Buslinien – wurde zusammen behandelt.</p> <p>Aus der Sicht der Verwaltung sollte eine solche Stelle richtigerweise beim Verkehrsverbund DING eingerichtet werden. Die Verwaltung wird die Vorschläge aus den drei Anträgen in die Gremien des DING einbringen.</p> <p>Der Verwaltungsausschuss war mit dieser Erledigung des Antrags einverstanden.</p>
<p>der FW: Mängel im ÖPNV auf Schienen- und Buslinien</p> <p>In den letzten Monaten häufen sich Mängel auf den Schienenstrecken im ADK und zahlreichen Buslinien. Es wird beantragt, im LRA eine Hot-Line einzurichten, welche Mängelmeldungen erfasst. Aus den Meldungen soll ein regelmäßiger Mängelbericht erstellt werden.</p>	<p>Siehe Ergebnis beim Antrag (ÖPNV-Ideenbörse) der B90/die Grünen</p>
<p>der B90/die Grünen: Zentrale ÖPNV-Beschwerdestelle</p> <p>Derzeit sind den ÖPNV-Nutzern keine klaren Ansprechpartner für Defizite bekannt. Es wird deshalb beantragt, bei der DING-Geschäftsstelle eine zentrale ÖPNV-Beschwerdestelle (online, schriftlich, telefonisch) einzurichten. Dort sollen alle Beschwerden erfasst und zur Behebung weitergeleitet werden.</p>	<p>Siehe Ergebnis beim Antrag (ÖPNV-Ideenbörse) der B90/die Grünen</p>

<p>der FW: Wasserstoff-Tankstellen im ADK</p> <p>Die öffentliche Diskussion über die Verbesserung der Ökobilanz des Verkehrs wird sehr stark von der E-Mobilität bestimmt. Es können aber auch weitere Technologien, z.B. Wasserstoff, eingesetzt werden. Es wird beantragt, dass in einer kommenden Sitzung des Kreistags ein Bericht des ZSW Ulm erfolgt. Darin soll zum Forschungsstand der Wasserstoff-Technologie und zu sinnvollen regionalen Maßnahmen berichtet werden.</p>	<p>Die Verwaltung wird, um ein breiteres Publikum zu erreichen, dieses Thema für das „Forum ländlicher Raum“ vorsehen. Dort soll ein entsprechender Bericht erfolgen. Der Verwaltungsausschuss war mit diesem Vorgehen einverstanden.</p>
---	---

Aufgestellt:

Stefan Freibauer